



GRÜNER NEW DEAL

FÜR DIE METROPOLREGION RHEIN-NECKAR-PFALZ

DIE REGION WIRD GRÜN!

Die Zeit ist reif für einen Grünen New Deal in der Region Rhein-Neckar-Pfalz



Grüner New Deal für die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz

Die Region wird grün! Die Zeit ist reif für einen Grünen New Deal in der Region Rhein-Neckar-Pfalz

Die zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts sind die Lösung der Wirtschaftskrise, der sozialen Krise und der ökologischen Krise. Die Finanzmärkte sind nach wie vor nicht gezähmt, die riskanten Geschäfte gehen so ungeniert weiter wie vor dem Beinahe-Kollaps im Herbst 2008. Die ökologische Krise gefährdet die Wasserversorgung und Bodenfruchtbarkeit in großen Teilen der Welt. Extreme Wettersituationen und die von ihnen verursachten Kosten häufen sich. Das Artensterben, die Überfischung und die Zerstörung der Regenwälder sind auch ökonomisch Verluste in unvorstellbarer Größe. Doch statt die Emission klimaschädigender Gase massiv zu bremsen und so die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu reduzieren, steuert die Welt in Richtung sechs Grad Erwärmung. Die soziale und Gerechtigkeitskrise beobachten wir weltweit und bei uns: Über eine Milliarde hungernde Menschen sind ein „Armutzeugnis“ einer Weltwirtschaftsordnung, die nicht einmal für jeden Menschen die Grundbedürfnisse sichern kann. Auch in unserem Land geht die Schere zwischen Arm und Reich auseinander. Viele Bevölkerungsschichten sind von Arbeit, Einkommen und guter Bildung

ausgenommen. Die Mittelschicht erodiert. Zu große Vermögenskonzentrationen, ein zu starkes Gefälle zwischen Arm und Reich führen aber nicht nur zu sozialen Protesten, sondern stellen auch eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie dar. Entlang dieser Fragen entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit nicht nur einer Region, sondern ganzer Länder und letztlich der Menschheit im Ganzen.

Wir GRÜNE bieten als Lösung für die dreifache Krise den Grünen New Deal an. Er bezieht sich auf die Ursachen der drei Krisen und hat daher drei Säulen:

- die effektive Regulierung der Finanzmärkte, die hemmungslose Spekulationen beendet und die Finanzmärkte wieder in den Dienst realer wirtschaftlicher Entwicklung stellt,
- die ökologische Neuausrichtung der Wirtschaft als einer ressourcensparenden Ökonomie auf der Basis der erneuerbaren Energien,
- den neuen sozialen Ausgleich, der Verteilungsgerechtigkeit mit Zugangsgerechtigkeit verbindet.



Grüner New Deal in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz

Neben der globalen, europäischen und nationalen hat der Grüne New Deal auch eine lokale und regionale Dimension. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch Unternehmen unserer Region massiv gebeutelt und Arbeitsplätze vor Ort bedroht. Viele Unternehmen mussten Beschäftigte entlassen oder Kurzarbeit anmelden. Einige Unternehmen meldeten Konkurs an. Der Staat hat sich im Zusammenhang mit der Krise massiv verschuldet.

Die Klimakrise wird durch eine deutliche Erwärmung, neue Schädlinge und eine Zunahme von starken Wetterereignissen wie Stürmen, Gewittern und Dürre Veränderungen nicht nur in der Landwirtschaft mit sich bringen. Die Zahl der starken Hitzetage, die gesundheitliche Einschränkungen und eine reduzierte Leistungsfähigkeit bei der Arbeit bedeuten, wird deutlich ansteigen.

Und die soziale Schieflage kann jeder auch in unserer Region sehen, der die Augen nicht kräftig verschließt. Neben großem Reichtum gibt es in unserer Region vermehrt Erwachsene und auch Kinder, die auf der Straße leben. Viele nehmen sich nicht mehr als Teil dieser Gesellschaft wahr. Dies gilt trotz Aufschwung, weil bundesweit knapp drei Millionen, in unserer Region rund 65.000 Menschen, eben doch arbeitslos sind und zudem viele in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, die nicht in die Arbeitslosenstatistik eingehen.

Der Grüne New Deal ist ein zentrales Thema für unsere Region Rhein-Neckar-Pfalz. Dies gilt für die Ökologie, für Soziales, für Bildung und für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Wir Grüne in der Region wollen, dass die Region eine Musterregion zur Umsetzung des Grünen New Deal wird.

Neue Energie für die Region

Eine zentrale Frage für eine zukunftsfähige Wirtschaft ist die Frage nach der Energie. Die Entscheidung zum Bau des Kohleblocks 9 in Mannheim schadet dem Ziel, die Region zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen. Der Ausbau des Fernwärmenetzes in Städten wie Speyer, in Mannheim oder Heidelberg wird vorangetrieben. Wir begrüßen das Prinzip der optimalen Nutzung von Strom und Wärme über die Kraft-Wärme-Kopplung, jedoch darf die Fernwärme nicht als das ökologische Feigenblatt für den Kohleblock 9 missbraucht werden. Das Fernwärmenetz kann und muss immer stärker mit Wärme aus erneuerbaren Quellen gespeist werden, zum Beispiel aus Biomasse oder Geothermie.

Auch der weitere Betrieb des Atomkraftwerks in Philippsburg wirkt wie ein Sperrriegel für die Erneuerbaren und dient letztlich vor allem der Gewinnsteigerung der großen Strommonopolisten. Das AKW Philippsburg I ist der gleiche Bautyp wie die Pannereaktoren Krümmel und Brunsbüttel. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat durch ihren Beschluss zur Laufzeitverlängerung dem Druck der Atomlobby nachgegeben und hat nun zu verantworten, dass diese Schrottreaktoren noch Jahre weiterlaufen und zusätzlichen hochradioaktiven Müll produzieren. Kleinere Stadtwerke, die in erneuerbare Energie investiert haben, werden durch den Beschluss zur Laufzeitverlängerung in Mitleidenschaft gezogen. Die Monopolstellung der großen Stromversorger wird zementiert.

Die Region braucht ein klares und verbindliches Konzept, mit welchen Investitionen und konkreten Schritten bis 2030 das Ziel erreicht werden kann, Strom und Wärme



zu 100% aus erneuerbaren Quellen zu decken. Dieses Ziel ist ehrgeizig, aber erreichbar. Viele Handwerksbetriebe in den Städten und Gemeinden haben schon lange erkannt, dass die Themen Energieeinsparung und erneuerbare Energien ein großes Beschäftigungsfeld sind. Hier entstehen Jobs mit echter Perspektive. Für die Nutzung der Tiefen-Geothermie, aus der Strom und Wärme in großem Umfang gewonnen werden können, existieren ideale Voraussetzungen in der geologischen Formation des Oberrhein-Grabens. In Landau wird diese Technik bereits angewendet, in anderen Städten laufen die Erkundungsarbeiten und der Bau weiterer sauberer Kraftwerke geht voran. Auch für die Nutzung der Biomasse z.B. in einem Biomasseheizkraftwerk bietet der Odenwald den nachwachsenden Rohstoff direkt vor der Haustüre. Auf vielen Dächern von Industriehallen, landwirtschaftlichen Betrieben und Privathäusern blitzen inzwischen Fotovoltaik-Module, aber es gibt immer noch viele freie Stellen, die sich hervorragend für eine Solarnutzung eignen würden.

Längst ist klar, dass auch die großen Unternehmen den Klimaschutz als ökologische und ökonomische Chance nutzen können, indem sie neue Produkte und Wege zum Energiesparen entwickeln. Die BASF in Ludwigshafen wäre beispielsweise gut beraten, sich auf das Großthema Klimaschutz zu konzentrieren, anstatt die zu Recht heftig umstrittene Gen-Kartoffel Amflora anzubauen.

Mobilität – die Zukunft bewegen

In der Metropolregion leben 2,4 Millionen Menschen. Leben bedeutet Bewegung. Mit veralteten Mobilitätskonzepten ist jedoch kein Staat zu machen. Der Erfolg der S-Bahn-Rhein-Neckar, die seit 2003 die Region verbindet, zeigt: Der Öffentliche Personennahverkehr hat großes Potenzial. Der Individualverkehr wird sich in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Die Förderung und Entwicklung der

Elektromobilität steht noch ganz am Anfang und verspricht eine neue Säule der Industrie zu werden. Die Region darf diese Entwicklung nicht verschlafen. Elektrofahrzeuge haben nicht nur den Vorteil, ohne Schadstoffausstoß Mobilität zu ermöglichen. Voraussetzung ist natürlich immer, dass der benötigte Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Elektrofahrzeuge verursachen auch kaum Lärm und können in den Lade- und Ruhephasen als Stromspeicher verwendet werden. Klar ist, dass Öl immer knapper und damit teurer wird und die weltweite Nachfrage nach Mobilität ansteigen wird.



Unsere Region könnte eine Vorzeigeregion in Sachen nachhaltiger Mobilität werden, bei der der Öffentliche Nahverkehr, das Fahrrad und die Elektromobilität die tragenden Rollen spielen. Dazu bedarf es eines Verkehrskonzeptes, welches vor allem auf Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Deswegen fordern wir, dass jeweils auf Landesebene die Möglichkeit geschaffen wird, in größeren Städten eine

Citymaut einzurichten.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass der Ausbau der Bahnstrecke Mannheim-Frankfurt sowie der S-Bahn zwischen Mannheim und Heideberg verzögert werden. Offensichtlich leidet die Region unter dem Milliardenstaubsauger Stuttgart21, der die Fördermittel - erst recht bei einer drohenden Kostensteigerung - der kommenden Jahre verschlingen wird.

Desweiteren fordern wir beim S-Bahn-Ausbau nach Norden eine zügige Umsetzung sowie ein engmaschiges und ausreichendes Netz an Haltepunkten, damit die S-Bahn optimal ausgelastet wird und von den BürgerInnen in der Region genutzt werden kann.

Nicht nur die 2. Stufe der S-Bahn Richtung Norden muss endlich angegangen werden, sondern in gleicher Weise die Richtung Süden zwischen Mannheim und Karlsruhe.

Dies gilt in erster Linie für die Herstellung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe und für die Einrichtung der geplanten neuen Haltepunkte zwischen Mannheim und Schwetzingen.

Innovative Umwelttechnik

Zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen in der Region arbeiten schon seit Jahren erfolgreich in vielen weiteren Bereichen der Umwelttechnik, zum Beispiel in der Wasseraufbereitung, der Luftreinigung oder der Abfallverwertung. Diese Bereiche werden für die Region und weit darüber hinaus bedeutend. Je stärker und besser wir in diesen Zukunftsbereichen aufgestellt sind, desto stärker werden auch die Menschen hier vor Ort davon profitieren.

Global denken, lokal handeln

Vor allem aber wird die Transformationsleistung des Grünen New

Deal nur dann gelingen, wenn auch lokal und regional umgesteuert wird. Deswegen streben Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz eine Transformation hin zu einer ökologisch und sozial zukunftsfähigen Wirtschaft an, die angesichts der globalen Krisen Teil der Lösung und nicht Teil des Problems ist. Das macht langfristig unsere Wirtschaft auch stabiler und die Arbeitsplätze sicherer.

Die Rolle der Kommunen und der Region

Städte und Gemeinden sind keine reinen Verwaltungen. Sie sind auch wirtschaftliche Akteure mit einer Nachfrage- und Angebotsmacht. Die Kommunen und Kreise stellen öffentliche Güter und Dienstleistungen her und sie fragen Gütern und Dienstleistungen nach. Sie sind Arbeitgeber in den Verwaltungen und kommunalen Unternehmen. In der EU werden über 16 Prozent des Sozialproduktes



vom öffentlichen Sektor verbraucht. In Deutschland haben die Kommunen ein Einkaufspotential von rund 150 Mrd. Euro. Dieser Wirtschaftsfaktor spielt aber im Denken der BürgermeisterInnen, KreisrätInnen und

Gemeinde- und StadträtInnen oft kaum eine Rolle. Dabei könnte es ein wichtiger Hebel in der ökologisch-sozialen Neuausrichtung unserer regionalen Wirtschaft sein.

Noch ist das Beschaffungswesen entlang traditioneller Linien ausgerichtet. Notwendig ist aber ein nachhaltiges Beschaffungswesen, das sich an Weltverträglichkeit und sozialen Wirkungen orientiert. Arbeit muss menschwürdig und angemessen bezahlt werden. Immer nur das Billigste einzukaufen, führt zu ökologischen und sozialen Folgeschäden, die uns langfristig teuer zu stehen kommen. Jede einzelne Kommune steht jedoch immer wieder vor dem Problem, dass es wenige Anbieter gibt, die ökologisch und sozial überzeugende Lösungen anbieten. Im Wettbewerb der Kommunen spielt dann häufig der Preisvorteil doch kurzfristig die



entscheidende Rolle. Auch fehlt es an Know-how in den Beschaffungsstellen. Hier kommt die Region ins Spiel: Wir wollen die Zusammenarbeit in der Metropolregion nutzen, um gemeinsam die Märkte ökologisch und sozial auszurichten, indem alle Akteure in der Region ökologisch-soziale Kriterien bei öffentlichen Beschaffungen anlegen. Das Beschaffungswesen liegt in der Region fast ausschließlich in der Hand der einzelnen Städte und Gemeinden. Die Region kann die Kommunen mit einer Informations- und gemeinsamer Beschaffungsstelle für nachhaltige Produkte unterstützen.

Die Rolle der öffentlichen Hand wird noch in einem anderen Punkt wichtig, als Vorbild für private Nachfrager: Denn letztlich muss sich auch der Konsum von Bürgerinnen und Bürgern und das Einkaufsverhalten von Unternehmen verändern. Die Politik kann hier Vorreiter sein, indem sie selbst Standards setzt, verändert sie das Verhalten anderer. Gerade dieser Effekt lässt sich am besten erzielen, wenn die verschiedenen Akteure in der Region gemeinsam einen Mentalitätswechsel anstreben.

Gerade die Nahrungsversorgung in öffentlichen Kantinen, in Schulen und Kindergärten stellt eine große Weichenstellung dar: Werden, wenn möglich, regionale und biologische Lebensmittel eingekauft, wird die regionale Wirtschaft gestärkt, der Verkehr reduziert; der regionale Wirtschaftskreislauf wird gestärkt. Gleichzeitig erfahren so Kinder und Jugendliche einen Lerneffekt. Die GRÜNEN der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz haben das Ziel, dass mittelfristig in öffentlichen Einrichtungen vor allem regionale, ökologische und Fair Trade Produkte angeboten werden und dass der Donnerstag fleischfrei bleibt (Veggi-Day).

Waren und Produkte, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit produziert werden, müssen ausgeschlossen werden. Um Lohndumping auch bei uns zu verhindern, wollen wir einen Tariftreue-Pakt in der Region schließen. Für Importe aus Dritt- und Schwellenländern müssen alle sozialen und ökologischen Mindeststandards eingehalten werden. Der Energieverbrauch elektronischer Geräte kann reduziert und effizienter gestaltet werden. Hier gilt auch: Nicht die billigsten Geräte werden von den kommunalen Verwaltungen beschafft, sondern die jeweils energieeffizientesten. Die erhöhten Anschaffungskosten amortisieren sich schon nach wenigen Jahren. Der Neubau von öffentlichen Gebäuden muss nach Passivhausstandard erfolgen. Die Sanierung von Altbauten nach der Energiesparverordnung von 2009.

Regionales Ressourcenmanagement

Die Region ist mit ihrer Exportquote von 57 Prozent sehr stark mit der Weltwirtschaft verflochten. Die steigende globale Nachfrage durch die aufstrebenden Volkswirtschaften lassen die Rohstoffpreise steigen. Bereits heute betragen die Materialkosten im verarbeitenden Gewerbe 40 Prozent der Kosten. Blutige Konflikte in rohstoffreichen, aber sonst armen Ländern machen Rohstoffimporte teilweise ethisch fragwürdig. Sanktionen der internationalen Gemeinschaft können Rohstoffe verknappen oder verteuern. Dies hat direkt Folgen für die Exportfähigkeit und den Wohlstand für die Region. Abfallprodukte aus Herstellung und Konsum sind deshalb nicht nur Abfall, wie der Regionalplanentwurf suggeriert. Sie stellen (wiederverwertbare) Ressourcen dar. Wichtiger Schwerpunkt der in der Region beginnenden Clusterbildung einer Umwelt- und Energietechnik sollte deshalb die Materialeffizienz werden. Sie ist neben der Energieeffizienz das große Zukunftsthema der Wirtschaft. Denn Ressourceneffizienz und Ressourcenmanagement sind wichtige zukünftige Standortfaktoren. Ein Ressourcen- und Stoffstrommanagement hat zwei wichtige wirtschaftliche Argumente: verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Einzelne Kommunen, von der Größe der Städte Mannheim, Heidelberg oder Ludwigshafen könnten sicherlich ein kommunales Ressourcenmanagement stemmen. Doch die kleineren Städte in unserer Region können das nicht leisten. Auch ist es für einzelne Städte schwieriger, einen Überblick über das Marktgeschehen zu erhalten und Skaleneffekte herauszuarbeiten. Hier muss über den Verband in Partnerschaft mit kommunalen und privaten Anbietern ein regionales Ressourcen- und Stoffkreislaufmanagement angestoßen werden. Zum Ressourcenmanagement gehören nicht nur klassisch das Altpapier oder Metalle. In Betracht gezogen werden müssen auch Einzelstoffströme wie Altholz, Biomasse etc. und Elektronikgeräte, mit

ihren selten vorkommenden Rohstoffen. Ziel des regionalen Ressourcenmanagements ist eine Win-Win-Situation zwischen den Kommunen, den Unternehmen und der privaten Abfallwirtschaft in der Region.

Ein regionales Ressourcenmanagement identifiziert Vernetzungspotentiale für Stoffe und Energien und unterstützt die Betriebe bei der Ausschöpfung dieser Potentiale. So können Abfälle gemeinsam und damit kostengünstiger entsorgt werden. Reststoffe von einem Betrieb können Rohstoffe eines anderen sein. Abwärme eines Unternehmens kann von anderen genutzt werden.

Im Einzelnen kann die Region die Wirtschaft in den folgenden Punkten unterstützen:

- Gemeinsame Logistik bei identischen Transportwegen oder Rohstoffen
- Gemeinsame Getrenntsammlung von Abfällen
- Höhere Ausdifferenzierung von Abfällen
- Gemeinsame Abfallwirtschaftskonzepte
- Gemeinsame Vertragsverhandlungen mit Ver- und Entsorgern
- Energetische Verbundsysteme
- Effizientere Nutzung von Rohstoffen und Reststoffen

Grüne Sparkassen

Die Sparkassen sind aufgrund ihrer Regionalität ein wichtiger Faktor der Kommunen und Trägerinstitutionen für die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung. Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institutionen können Leistungen erbringen, die private Finanzinstitute nicht erbringen wollen oder können. Deswegen sind sie auf die Gemeinwohlorientierung ihrer Arbeit verpflichtet. Für uns heißt Gemeinwohlorientierung heute Nachhaltigkeit. Davon spüren wir allerdings zu wenig. Wir meinen: Die Sparkassen müssen grün werden. Zentral für grüne Sparkassen ist ihre ökologische, soziale, demokratische und transparente Arbeitsweise. Wie die Kommunen können die

Sparkassen Vorreiter bei der Umwandlung der Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung werden.

Der erste Schritt ist die Verpflichtung zu einer nachhaltigen Geschäftspolitik: Die Sparkassen müssen sich an der Förderung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten orientieren und ihre MitarbeiterInnen in Ökologie und Nachhaltigkeit weiterbilden. Ziel ist die Beratung der KundInnen mit nachhaltigen und ethischen Finanzprodukten. Eine grüne Sparkasse ist nur dann nachhaltig, wenn sie selbst intern nachhaltig arbeitet – mit einem internen Umweltmanagement. So hat die Stadtparkasse München durch ihr Umweltmanagement allein im Zeitraum von 2004 bis 2006 ihren Stromverbrauch um 20%, ihren Papierverbrauch um 25% und ihren Wasserverbrauch um 10% senken können. Mit jährlichen Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichten legt die grüne Sparkasse Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab.

Nachhaltigkeit erschöpft sich nicht nur im wirtschaftlichen Betrieb. Nachhaltigkeit bezieht sich auch auf die MitarbeiterInnen der Sparkassen: Gleichstellung der Geschlechter, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung über der gesetzlichen Pflicht von fünf Prozent hinaus und die Einführung eines Diversity Managements.

Region auch für kleine und mittlere Unternehmen

Innovationskraft entfaltet eine diversifizierte Wirtschaft aus kleinen und großen Unternehmen. Für die langfristige Entwicklung einer Region sind insbesondere die regional verankerten Familienunternehmen wichtig, die nicht einfach mal schnell bei kleinen Kostenschwankungen ihre Aktivitäten ins Ausland verlagern (können). Bisher orientiert sich die Metropolregion jedoch überwiegend an den Interessen der großen Unternehmen. Verschiedene Netzwerke

wie der Arbeitskreis der Wirtschaftsförderer oder Arbeitsmarktkonferenzen sind wichtige Schritte, auch die kleinen und mittleren Unternehmen zu integrieren. Doch insgesamt werden diese Unternehmen kaum wahrgenommen. Gemeinsam mit den Institutionen auf Regionalebene und den kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir eine Schnittstelle für die Interessen dieser Unternehmen schaffen.

Doch noch stehen die lokalen Wirtschaftsförderungen nebeneinander, eine abgestimmte Wirtschaftsförderung gibt es noch nicht. Wir fürchten, das Beispiel Vögele könnte sich wiederholen: Wenn zwei Städte der Region um eine Unternehmensansiedlung oder -erweiterung konkurrieren, erhält auf Kosten einer Stadt und erneuten Flächenverbrauchs die andere Stadt das Unternehmen! Für solche Fälle braucht die Region eine regionale Wirtschaftsförderung, die das Gesamtwohl der Region zum Ziel hat und nicht das Partikularinteresse einer Kommune.

Auch die Unternehmerinnen und die Migrantenwirtschaft sind derzeit noch unterrepräsentiert. In den Industrie- und Handelskammern Rhein-Neckar und der Pfalz sind in den jeweiligen Präsidien Vertreter der Migranten völlig außen vor. Wir streben deshalb eine bessere Vertretung von Frauen und Migranten in den Führungsgremien und in den regionalen Netzwerken an. Hier muss über die Kommunen und die regionalen Netzwerke und Institutionen die Vernetzung mit Migranten und Unternehmerinnen gesucht werden.

Soziale Region

Die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz ist nicht nur eine Wirtschaftsregion, sie ist auch eine Sozialregion, in der Menschen über Landesgrenzen hinweg leben, lernen, arbeiten, Kultur genießen, aber auch ausgegrenzt, benachteiligt sind oder in Armut leben.

Armut ist in unserer Gesellschaft nur selten eine Bedrohung der menschlichen Existenz. Aber in einer zunehmenden, erschreckenden und ausgerechnet bei Müttern und Kindern besonders häufigen Form ist Armut auch in der Region Rhein-Neckar-Pfalz leider weit verbreitet: Arme Menschen sind von vielen sozialen, kulturellen, sportlichen Aktivitäten ausgeschlossen. Sie können am gesellschaftlichen Leben kaum noch teilhaben. So wird häufig der Status der finanziellen Hilfsbedürftigkeit „vererbt.“ Dies ist für uns nicht hinnehmbar.

Außerdem gehört zu unserem Verständnis des *Green New Deal* auch, dass die ökonomischen, ökologischen und sozialen Komponenten zusammen gedacht werden. Jeder Strukturwandel, auch einer, der durch den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft entsteht, muss sozial abgefedert werden und jeder und jedem die Möglichkeit eröffnen, daran teilzuhaben.

Es ist auf regionaler Ebene nicht möglich, die finanziellen Transfers an die Leistungsempfänger zu erhöhen. Dies ist Bundesgesetzgebung und überfordert die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Sehr wohl können wir in der Metropolregion aber die Barrieren abbauen, die zur Ausgrenzung armer Menschen führen. Einige Städte und Gemeinden sind hier bereits voraus gegangen. Sie haben Systeme entwickelt, Menschen mit geringem Einkommen öffentliche Leistungen vergünstigt anzubieten. Manchen ist es gelungen, auch Vereinsangebote, Tafelläden und Kulturbesuche in diese Systeme zu integrieren. Was es nicht gibt, ist eine regionale Lösung.

Voraussetzung dafür ist ein differenzierter Armuts- aber auch Reichtumsbericht für die Metropolregion, um dann gezielt auf die Bedürfnisse aller Menschen in der Region eingehen zu können. Die Ermittlung

des Status Quo ist wichtig, um künftigen Entscheidungen ein gutes Fundament zu geben.

Die folgenden Vorschläge sollen zeigen, wie sich das in der Metropolregion auch wirklich umsetzen lässt. Der Schlüssel zum Erfolg ist die regionale Vernetzung und Kooperation. Nicht alle können alles anbieten. Aber für alle kann es in der Metropolregion die richtigen Angebote geben, wenn die Grenzen von Kommunen, Kreisen und Ländern überwunden werden.

Bildung als Schlüssel

An international anerkannten Hochschulen wie den Universitäten Mannheim und Heidelberg, der Hochschule für angewandte Wissenschaft und der Dualen Hochschule forschen und lehren Menschen aus aller Welt, auch um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens zu verbessern. Zwei Prozent aller Beschäftigten in der Region arbeiten in der Forschung, das sind doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Die Region ist also eine echte Bildungshochburg. Aber die Zugangschancen zur Bildung sind noch immer ungleich verteilt und hängen vor allem von der sozialen Herkunft ab. Diesen Skandal gilt es zu bekämpfen: Dafür müssen in der Region noch viele KiTa-Plätze für Unter-Dreijährige geschaffen werden. Denn von der Erfüllung des Rechtsanspruches für einen Betreuungsplatz für jedes Kind ab einem Jahr ist die Metropolregion noch weit entfernt. Wir brauchen eine bessere Ausstattung für Integrationsprojekte vor Ort in den Gemeinden, den KiTas und den Schulen. Dazu bedarf es einer Vereinheitlichung der Standards zur Sicherung der Qualität. Mehr Ganztageschulen sind ein Muss, wenn wir mehr individuelle Förderung durchsetzen wollen. Soziale Gerechtigkeit herstellen

bedeutet mehr als die Erhöhung der Transferleistungen. Soziale Gerechtigkeit kann nur über die Herstellung von Chancengerechtigkeiterreicht werden. Jedes Kind muss dieselben Zugangschancen zu Bildung und Arbeit haben – unabhängig von der sozialen Herkunft und der materiellen Ausstattung der Eltern. Jedes Kind hat das Recht darauf, dass seine Talente gefördert werden, unabhängig von seinem familiären Umfeld. Für die Metropolregion als Bildungshochburg sind hervorragende Betreuungs- und Bildungseinrichtungen entscheidend.

Freizügigkeit für Kinder in der Metropolregion!

Wie Länder- und Gemeindegrenzen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unnötig erschweren und wie sich das ändern ließe.

Eine der großen Errungenschaften in Europa ist das Recht, sich in jedem Staat der Union niederzulassen und eine Arbeit aufzunehmen. Diese Freizügigkeit ist allerdings für Eltern in der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz im Bereich der Kinderbetreuung stark eingeschränkt.

Jedenfalls ist es praktisch vielfach unmöglich, einen Kinderbetreuungsplatz am Arbeitsort zu finden, wenn man in einer anderen Gemeinde oder gar einem anderen Bundesland wohnt. Angesichts der starken Verflechtungen und der hohen Pendlerzahlen innerhalb der Metropolregion betrifft dieses Problem keine kleine Gruppe, sondern eine große Zahl von arbeitenden Eltern mit kleinen Kindern.

Die Ursache des Problems ist wie so oft eine Mischung aus Bürokratie und falscher Verteilung von Geld, aber nicht in Europa, sondern lokal und auf Länderebene.

Kinderbetreuungsplätze sind sehr teuer. Ein Kleinkindbetreuungsplatz mit Ganztagsangebot kostet etwa 15.000 Euro im Jahr.

Verständlich also, dass die Kämmerer der Kommunen, die den größten Teil dieser Kosten tragen müssen, sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, dieses Geld für Auswärtige auszugeben. „Die zahlen schließlich am Ort auch keine Steuern!“, wird durchaus nachvollziehbar argumentiert. Die Wohnsitzgemeinden wiederum, meistens kleinere Gemeinden ohne Industrie, verweisen hingegen darauf, dass es nicht in ihrem Interesse sei, dass Kinder aus dem Ort anderswo eine Betreuungseinrichtung besuchen, schließlich wolle man die eigenen Einrichtungen erhalten. Deshalb sind die Wohnsitzgemeinden meistens nicht bereit, den kommunalen Anteil an den Betreuungskosten eines auswärts betreuten Kindes zu übernehmen.

Die Eltern stehen damit vor einem Dilemma. Das Angebot am Wohnort nützt meist recht wenig, weil in der Regel die Betreuung nur halbtags angeboten wird und selbst bei Ganztagsangeboten so eingeschränkt ist, dass damit das Pendeln zum Arbeitsplatz rein zeitlich nicht möglich ist. Oftmals ist es notwendig, dass die KiTa in der Nähe des Arbeitsortes ist. Und echte Ganztagsbetreuung gibt es eben nicht für Auswärtige.

Immerhin, das Problem ist erkannt, und es kommt allmählich Bewegung in die Sache. In Baden-Württemberg haben die Kommunen, die Kinder von auswärtigen Eltern betreuen, einen Rechtsanspruch auf Erstattung der Kosten durch die Wohnsitzgemeinde. In Hessen gibt es dafür immerhin eine Option im Gesetz. Nur Rheinland-Pfalz hat für diesen Fall bislang gar keine Regelung.

Der Weg, den es zu beschreiten gilt, ist aber klar beschildert: Das Geld muss den Kindern folgen. Dort, wo die Eltern ihr Kind gerne in Betreuung geben wollen (oder aus praktischen Gründen müssen), muss auch das Steuergeld für die Kosten der Betreuung ankommen. Es muss wie in Baden-Württemberg eine Regelung gefunden werden, die in der gesamten Metropolregion über alle Gemeinde und Landesgrenzen hinweg sicherstellt, dass die Betreuungskommune ihre Kosten von der Wohnsitzgemeinde erstattet bekommt. Nur so werden die notwendigen Angebote überhaupt entstehen. Nur so wird der Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung nicht durch ein Behörden-Pingpong ausgehöhlt, bei dem die Eltern auf Plätze verwiesen werden, die ihnen nichts nützen.

Wir schlagen deshalb vor, dass alle Kommunen in der Metropolregion sich dazu verpflichten, anhand von Pauschalen einen Kostenausgleich für Kinderbetreuung zu leisten. Dies ist freiwillig möglich, wenn alle mitwirken. Für die Metropolregion verspricht dies einen Schub für Familienfreundlichkeit und den Unternehmen die Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte und insbesondere junger Frauen, die immer weniger verzichtbar sind.

Ist der kommunale Ausgleich geregelt, steht der Ausgleich zwischen den Ländern als zweite Aufgabe zur Lösung an. Etwa ein Fünftel der Kinderbetreuungskosten tragen die Länder. Diese Zuschüsse an die Gemeinden werden bislang nur innerhalb eines Bundeslandes gewährt. Wir schlagen vor, dass in den anstehenden Verhandlungen für die Fortschreibung des Staatsvertrags für die Metropolregion eine Regelung aufgenommen wird, die festschreibt, dass auch diese Landeszuschüsse den Kindern folgen, und zwar auch über Landesgrenzen hinweg.

Unser Ziel ist es, spätestens mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz beide Reformen durchzusetzen.

Synergien schaffen für eine soziale Region!

In Zeiten knapper kommunaler Kassen brauchen wir Synergien über die Region hinweg. Nicht alles muss überall sein, aber alles erreichbar, alle müssen davon wissen und insgesamt muss es ausreichend für alle sein. Es gilt auch, deren Vernetzung zu stärken, Modellprojekte gemeinsam auszuwerten oder auch verstärkt gemeinsame Projekte durchzuführen.

Es darf nicht länger sein, dass einzelne Kommunen soziale Angebote kürzen oder gar abschaffen in dem sicheren Wissen, dass ihre Bürger und Bürgerinnen ja zur Not weiterhin die Einrichtungen der nächstgelegenen Stadt nutzen können. Im Frauenhaus darf in einer Notsituation keine Frau abgewiesen werden, weil die Postleitzahl ihres Wohnortes nicht im Steuereinzugsgebiet der Stadt ist, die das Frauenhaus (mit)finanziert. Auch ihr Aufenthalt in einer Kommune nach der Unterbringung im Frauenhaus muss gesichert sein. Sonst führt die derzeitige Praxis zu einer regionalen Unterversorgung und der Überlastung einzelner Standpunkte. Dabei ist das Stadt-Land Gefälle schon heute deutlich zu spüren.

Hier gilt: Rechtzeitige Koordination und verbindliche Zusammenarbeit kann langfristig eine gute Versorgung für alle garantieren, auch in Zeiten knapper kommunaler Kassen. Klar ist, dass eine solche Politik nur dann trägt, wenn gegenseitige Absprachen zur Vorhaltung und gegenseitigen Nutzung von sozialen Angeboten auch vertraglich bindend sind

und dementsprechend eingehalten werden.

Grundlage hierfür wäre eine detaillierte Analyse der bestehenden Angebote, ihrer NutzerInnen und die Zusammenarbeit in der gesamten Region. Als ersten Schritt fordern wir deshalb die Metropolregion auf, eine solche Analyse vorzunehmen.

Zweitens ist es unser Ziel, für Kinder und Jugendliche, insbesondere aus einkommensschwachen Familien, kostengünstige oder sogar kostenlose Angebote von Kommunen und öffentlichen Einrichtungen von Kultur-, Sport- und Begegnungsmöglichkeiten zu erreichen. Im ersten Schritt schlagen wir die Einführung einer „Metropolkarte“ mit Angeboten für Kultur, Sport und Begegnung vor. Diese soll allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Dabei sollen bestehende kommunale Einrichtungen wie Museen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos geöffnet werden. Private Anbieter können sich diesem Angebot anschließen. Für kostenpflichtige Angebote soll es eine Bezuschussung für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien geben.

Ebenso müssen Arbeitsagenturen und Sozialbehörden verstärkt über Kreis- und Landesgrenzen hinweg kooperieren, um individuell auf die Situation der Bedürftigen eingehen zu können und vor allem, um ein Abschieben in andere Kreise oder Länder zu vermeiden.

Jungen Menschen grenzüberschreitende Möglichkeiten eröffnen!

Wir wollen Platz schaffen für jugendlichen Ideenreichtum und Engagement, junge Leute an Entscheidungsprozessen beteiligen. Ob zu Energieerzeugung, Umwelt- und Naturschutz oder raumordnerischer Planung, überall müssen Jugendliche Gehör

finden und ihre Belange einbezogen werden. Um junge Menschen in die Entscheidungen einzubinden, ist es notwendig, einen Jugendbeirat fest zu installieren, der von den Jugendlichen in der Region gewählt wird und der Anhörungs- und Antragsrecht hat.

Außerdem wollen wir den europaweiten Auszubildendenaustausch in der Region fördern. Die Europäische Union unterstützt finanziell diesen Austausch, aber häufig ist der Aufwand für einen Antrag für das einzelne Unternehmen zu hoch. Andere Regionen wie zum Beispiel die französische Region „Ile de France“ haben sich deswegen entschlossen, die Beantragung zu koordinieren und den Austausch durch begleitende Maßnahmen zu unterstützen. Dadurch erleichtern sie tausenden ihrer jungen Menschen den Weg in das europäische Ausland, um dort Arbeitserfahrung zu erlangen, aber auch Land, Kultur und Sprache kennenzulernen. Wir wollen, dass unsere Metropolregion diesen Modellen folgt!

Regionalplan

Forderung an einen Einheitlichen Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar

Von den Kommunen bis zur EU

Die Nachhaltigkeitsaktivitäten von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union müssen koordiniert werden. Dafür ist besonders der einheitliche Regionalplan geeignet. Um ihn tatsächlich mit Leben zu füllen und die bessere Koordination und Kooperation voranzutreiben, darf man nicht bei formalen administrativen Vorgaben stehen bleiben. Es braucht den aktiven Willen aller Beteiligten zur Kooperation und zum Austausch über wirksame und erfolgreiche Strategien. Die beiden Strategien „Bottom-up“ und „Top-down“ müssen dabei in ein

gesundes Verhältnis gebracht werden. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und die entsprechende Strategie der EU für den Regionalplan können uns Orientierung bei der Ausrichtung der Ziele geben.

Einbindung der politischen Gremien

Die Kommunen müssen bei der Entwicklung der Regionalstrategien eingebunden werden. Dies gilt nicht nur, aber gerade auch für die politischen Vertretungen in den Gemeinde-, Kreis- und Stadträten. Der Prozess darf nicht nur von den Verwaltungen und der Verwaltungsspitze in den Kommunen gesteuert werden.



Klimaschutz hat Vorrang

Dem Klimaschutz kommt eine besondere Bedeutung zu. Dem Verband ist bekannt, dass die Emissionen von Treibhausgasen bis zum Jahre 2050 deutlich reduziert werden müssen. Deshalb arbeitet die Verbandsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN an einer Strategie und an Programmen für die größtmögliche Reduktion von CO₂ und anderen Treibstoffgasen.

Konkret heißt das für den Regionalplan im Bereich Energie:

- Bestehende Kohlekraftwerke sollen nicht umgebaut, sondern rückgebaut werden.
- Es darf keine Neubauten von Kohlekraftwerken wie dem Block 9 des Großkraftwerks Mannheim geben.

- Die Atomkraftwerke in Philippsburg und Biblis werden auch ohne Ausschöpfung der maximalen Reststrommenge still gelegt.
- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Fotovoltaik, Solarthermie, Windenergie, Geothermie, Biomasse) wird im Regionalplan gefördert und entsprechende Flächen werden eingeplant.

Wandel von Energieversorgung, Siedlungs- und Industriestrukturen

Der Wandel des Energieversorgungssystems hin zur kleinteiligen, dezentralen Energiegewinnung muss einhergehen mit einem Wandel der Siedlungs- und Industriestrukturen. Die Verbandsverwaltung nutzt Instrumente wie den „European Energy Award“ und andere, zum Beispiel den von der EU-Kommission initiierten „Konvent der BürgermeisterInnen“, empfohlene Methoden, um unsere Maßnahmen zu einer systematischen Energie- und Klimaschutzpolitik zusammenzuführen.

Konkret heißt das für den Regionalplan im Bereich Siedlungsentwicklung:

- Die Verbandsverwaltung entwickelt mit der Bevölkerung sowie den in der Region tätigen Unternehmen und Verbänden ein Zukunftsbild unserer Region und konkretisiert dieses fortlaufend.
- Die Siedlungsentwicklung erfolgt ohne weiteren Flächenverbrauch, d.h. die Städte und Gemeinden entwickeln sich auf den bebauten Flächen.
- Die Umsetzung des Regionalen Zentrenkonzeptes stärkt die Innenstädte und Ortskerne – der weiteren Verlegung von Einzelhandelszentren an die Ortsränder wird eine Absage erteilt.
- Die Verbandsverwaltung entwickelt gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren ein Konzept für die Nutzung

von Konversionsflächen. Dabei sind nicht nur Gewerbe-, Wohn- und Grünflächen zu berücksichtigen, es soll auch Raum für Kultur, Sport und Freizeit geschaffen werden.

Regionaler Naturschutz durch Entwicklung von Naturflächen

Für einen nachhaltigen Biosphärenschutz in der Metropolregion ist es im einheitlichen Regionalplan unabdingbar, Freiflächen zu bewahren bzw. neu zu schaffen. Die Artenvielfalt muss dabei stabilisiert und ausgebaut werden.

Konkret heißt das für den Regionalplan im Bereich Freiflächen:

- Entwicklung der Freiflächen zu Naturflächen mit Funktionen des Hochwasserschutzes, Grundwasserneubildung, Arten- und Biotopschutz, Klimaschutz.
- Entwicklung der Forst- und Landwirtschaftsflächen zu gentechnik- und biozidfreien Landschaftselementen.
- Durch Schaffung regionaler Grünzüge struktur- und artenreiche Naturflächen vernetzen und dadurch die Artenvielfalt erhalten und beleben.



Verkehre vermeiden durch Stärkung des ÖPNV

Um die Mobilität in der Region ohne Individualverkehr zu entwickeln ist es notwendig, keine zusätzlichen Verkehrsflächen für den motorisierten Individualverkehr zu schaffen. Dazu müssen Verkehre umgeschichtet werden.

Konkret heißt das für den Regionalplan im Bereich Verkehrsentwicklung:

- Kein Neubau eines Regionalflugplatzes bzw. Verkehrslandeplatzes und Rückbau der bestehenden Verkehrslandeplätze in Mannheim, Speyer und Worms.
- Keine neue Rheinquerung zwischen Mannheim und Karlsruhe, z.B. bei Altrip.
- Kein Neubau von Bundes- und Landesstraßen in der Metropolregion – Sanierung und Ausbau bestehender Bundes- und Landesstraßen.
- Weiterer Ausbau der S-Bahn und Stadtbahnprojekte in der Region.
- Ausbau der Bahnfernverkehre wie z.B. der ICE–Strecke zwischen Frankfurt und Mannheim oder der Rheintalstrecke zwischen Mannheim und Basel.
- Umgestaltung des Hauptbahnhofs Mannheims zu einem ICE-tauglichen Haltepunkt.
- Ausbau des Carsharing.

Unternehmen in die Regionalplanung einbeziehen

Partizipation und Dialog müssen auch das Zusammenwirken mit dem Gewerbe, dem Handel und der Wirtschaft im Regionalplan prägen. Die Verbandsverwaltung bezieht dazu die in der Region ansässigen Kammern, Unternehmensvereinigungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie die einzelnen Unternehmen verstärkt in den Nachhaltigkeitsprozess mit ein. Die Verwaltung entwickelt dazu gemeinsam mit der Verbandsversammlung und der Wirtschaft in den wichtigen Feldern der nachhaltigen Regionalentwicklung den Dialog weiter, um

Eigeninitiativen zu mobilisieren. Auf diese Weise fördern wir die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen in zukunftsfähigen, zielführenden Projekten. Im Sinne unternehmerischer Gesellschaftsverantwortung (CSR) arbeiten wir zusammen mit den Unternehmen an Formen des nachhaltigen Wirtschaftens.

Konkret heißt das für den Regionalplan im Bereich Wirtschaft:

- Vereinheitlichung des Gewerbesteueratzes für die Metropolregion.
- Gemeinsame Wirtschaftsförderung mit dem Ziel, den Standort nach den optimalen Faktoren für die Unternehmensansiedlung auszusuchen.
- Gemeinsame Definition der zentralen Felder einer nachhaltigen Regionalentwicklung



Grundlagen für die Zusammenarbeit der Grünen in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz

Präambel

Die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz ist heute ein wichtiger Standort für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Deutschland. 2,4 Million Menschen leben und arbeiten im Großraum Mannheim/Ludwigshafen/Heidelberg/Pfalz/Odenwald. Die besondere Situation besteht darin, dass einerseits Wirtschaft und Gesellschaft in der Metropolregion von drei Ländergrenzen „durchschnitten“ werden, andererseits gerade in solch einem dicht besiedelten Raum gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie der demographische Wandel, die Zukunft der Energieversorgung, die Verkehrsentwicklung und der Klimawandel auf engstem Raum verstärkt,

untrennbar und länderübergreifend zutage treten.

Wir GRÜNE wollen, dass die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz nicht auf einen lukrativen Wirtschaftsraum reduziert wird. Wir GRÜNE wollen eine neue Identität unserer Region in Europa statt Kirchturmdenken. Wir wollen, dass die Chancen für regionale Lösungen gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen ausgelotet und genutzt werden, dabei wollen wir kommunale Lösungen nicht an den Rand drängen, sondern die unterschiedlichen Bedürfnisse in städtischen und ländlichen Räumen berücksichtigen.

Wir wollen als politische Partei dazu beitragen, dass in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die regionale Zusammengehörigkeit angesichts epochaler Veränderungsprozesse entwickelt wird, und wir wollen Wege aus der föderalen Stagnation in der Metropolregion aufzeigen und beschreiten.

Wir GRÜNE wollen, dass unsere Region zum Vorbild wird für ein Europa der sozialen, ökologischen und weltoffenen Regionen. Deshalb haben sich die GRÜNEN Kreisverbände in der Metropolregion eine Form der verbindlichen Zusammenarbeit gegeben, die ihre gemeinsamen Ziele bündelt und die daraus entstehenden politischen Aktivitäten ermöglicht.

1. Regionalkonferenz

1.1 Einberufung

Die Regionalkonferenz trifft sich in der Regel alle zwei Jahre. Sie wird von der Versammlung der Kreisverbände und dem Koordinationsteam vorbereitet und einberufen.

Die Inhalte und der Termin werden von der Versammlung der Kreisverbände festgelegt

Die Regionalkonferenz und die Versammlung der Kreisverbände befassen sich mit regionalrelevanten Themen, die die Menschen länderübergreifend in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz betreffen und die zum Selbstverständnis der GRÜNEN in der Region beitragen.

1.2 Delegiertenschlüssel

Der Delegiertenschlüssel ergibt sich aus dem BDK-Delegiertenschlüssel. Genauer bestimmt die Versammlung der Kreisverbände.

1.3 Stimmberechtigung

In der Regionalkonferenz stimmberechtigt sind alle Delegierten der teilnehmenden Kreisverbände oder deren Ersatzdelegierte. Das Stimmrecht kann nicht an Dritte übertragen werden.

2. Versammlung der Kreisverbände

Die Versammlung der Kreisverbände der Metropolregion besteht aus VertreterInnen aller Kreisverbände, die der Metropolregion angehören, den MandatsträgerInnen der Region in den Landtagen, im Bundestag und im europäischen Parlament sowie der Regionalfraktion. Die MandatsträgerInnen sind dabei beratend tätig, die Entscheidungsbefugnis liegt bei den Kreisverbänden. Weitere Gäste können eingeladen werden.

Die Versammlung der Kreisverbände berät

- über grundlegende Fragen der Zusammenarbeit
- über gemeinsame Veranstaltungen
- die Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte.

Die Versammlung trifft sich mindestens einmal im Jahr.

Die Versammlung der Kreisverbände bestimmt eine Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der jeweiligen Veranstaltungen, vor allem für die Vorbereitung der Regionalkonferenz und der nächsten Versammlung der Kreisverbände. Zudem können weitere Arbeitsgruppen gebildet werden.

Zusatz zum Grundlagenpapier

Finanzen 2010

An den Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der Regionalkonferenz 2010 in Höhe von ca. 1200,- € beteiligen sich die Kreisverbände nach folgendem Schlüssel:

Über	100	Mitglieder:
Heidelberg,	Mannheim,	Neckar-
Bergstraße,	Odenwald-Kraichgau,	
Bergstraße,	Rhein	Pfalz

jeweils 100 Euro = 600 Euro

Über	50	Mitglieder:
Hardt, Neckar	Odenwald,	Odenwald,
Bad Dürkheim,	Germersheim,	Landau,
Ludwigshafen,	Südliche Weinstraße,	Worms

jeweils 50 Euro = 450 Euro

Unter	50	Mitglieder:
Frankenthal,	Neustadt,	Speyer

jeweils 30 Euro = 90 Euro

Summe = 1140 Euro

Antrag auf AK Demokratie

02.11.2010

Antrag zur Etablierung des „Arbeitskreis Demokratie Metropolregion Rhein-Neckar“

Antrag:

Die Regionalkonferenz möge, den sich Anfang 2010 gebildeten, Länder übergreifenden Arbeitskreis „Demokratie Metropolregion Rhein-Neckar“ als offiziellen Arbeitskreis von Bündnis 90/ Die GRÜNEN in der Metropolregion Rhein-Neckar, beschließen.

Begründung:

Da Demokratiegegner, in erster Linie Nationalsozialisten, in der Region Rhein-Neckar-Pfalz Länder übergreifend agieren und vernetzt sind, ist es dringend nötig, dass die GRÜNEN in der Metropolregion eine Kommunikationsstruktur aufbauen, die über die Landesgrenzen der GRÜNEN Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen hinausgeht.

Deshalb haben sich in der Region VertreterInnen entsprechender GRÜNER Arbeitskreise, GRÜNE Vorstände oder mit dem Thema befasste GRÜNE Mitglieder zu einem funktionierenden, regionalen Arbeitskreis zusammengeschlossen.

Die jeweiligen Kreisvorstände und Landesarbeitsgemeinschaften wurden und werden zu allen Treffen eingeladen.

Dieser Arbeitskreis ist bisher noch nicht offiziell anerkannt worden. Die offizielle Anerkennung soll nun mit diesem Antrag anlässlich der Regionalkonferenz „GRÜNE in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz“ geschehen.

Zielsetzung:

Wir möchten eine parteiinterne Vernetzung GRÜNER Kreisverbände in der Metropolregion Rhein-Neckar aufbauen und fördern, die dem Informationsaustausch dient (zwei Informationsveranstaltungen fanden in Baden-Württemberg bzw. Rheinland-Pfalz statt).

Zusätzlich möchten wir ein Alarmsystem aufbauen, um bei Bedarf die jeweiligen Kreisverbände in der Metropolregion personell und materiell, stärker als bisher, unterstützen zu können.

Eine, bei Bedarf, gegenseitige Unterstützung der GRÜNEN Kreisverbände in der Metropolregion mit „Materialien gegen Rechts“ (Plakate, Fahnen, Banner, Aufkleber, Flyer etc.) ist in Planung.

Weiter ist geplant, eine Website „gegen Rechts“ als Unterstützung für die GRÜNEN Kreisverbände in der Metropolregion zu erstellen. Im öffentlichen Teil sollen Informationen über Aktivitäten von Demokratiegegnern zu finden sein.

Darüber hinaus soll es einen nicht öffentlichen Teil geben, in dem sich ausschließlich GRÜNE Kreisverbände und deren Mitglieder austauschen können.

Dadurch sollen GRÜNE Kreisverbände gezielter und thematisch qualitativer informiert werden können. Ferner sollen die GRÜNEN Kreisverbände bei ihrer Arbeit gegen Rechts von Medien oder Behörden kontaktiert, werden wir an die Sprecher der jeweiligen Kreisverbände, Mandatsträger oder die Sprecher von „Kreiseigenen“ Arbeitskreisen und Landesarbeitsgemeinschaften zu diesem Thema verweisen.

Antragsteller: Rainer Werner (KV Mannheim)
Jens Brückner (KV Ludwigshafen am Rhein)

Resolution 1

Uli Sckerl, KV Neckar-Bergstraße

Durch Direktwahl die Metropolregion demokratisch gestalten Die Bevölkerung am neuen Regionalplan beteiligen

Auch zum 5-jährigen Jubiläum der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz im November 2010 hat diese immer noch ein entscheidendes Demokratiedefizit: Die Bürgerinnen und Bürger können die politische Verbandsversammlung nach wie vor nicht direkt wählen. Die Verantwortlichen bei CDU, SPÜD, FW und FDP haben bei der Gründung im Jahr 2005 und seitdem immer wieder als Reaktion auf unsere Forderungen die Direktwahl in Aussicht gestellt, freilich aber keinen einzigen Schritt dafür unternommen. Deshalb gab es weder bei den Kommunalwahlen vom Juni 2009 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Direktwahl der Verbandsmitglieder, noch wird es diese bei den hessischen Kommunalwahlen im März 2011 geben.

Die Verbandsversammlung der Metropolregion entscheidet über wesentliche Zukunftsfragen der gemeinsamen Regionalpolitik wie die Energieversorgung, Verkehrsgestaltung und Wirtschaftsförderung; im Jahr 2011 auch über den neuen Regionalplan und vieles mehr.

Die Bildung der Verbandsversammlung mit der Entsendung ihrer Mitglieder aus den Landkreisen und den Städten mit mehr als 25.000 EinwohnerInnen sowie der automatischen Mitgliedschaft von LandrätInnen und OberbürgermeisterInnen entspricht eher einer mittelalterlichen Ständeversammlung als einem modernen demokratischen Parlament, dies hat zur Folge: Auch nach den Kommunalwahlen 2009 ist die CDU aus Baden-Württemberg und Hessen stärker vertreten als es ihr zusteht; LandrätInnen, OberbürgermeisterInnen und

Verwaltungsangehörige dominieren. Der Frauenanteil ist gestiegen, aber mit 1/6 von einer Parität weit entfernt.

Das zu ändern ist Aufgabe aller Parteien, auch von uns GRÜNEN. Solange die Mitglieder der Regionalversammlungen von Gemeinderäten und Kreistagen entsandt werden, müssen unsere Fraktionen dort künftig gemeinsam für eine paritätische Besetzung der Regionalfraktion sorgen.

Die BürgerInnen werden die regionale Zusammenarbeit künftig jedoch nur unterstützen und sich mit ihrer Region identifizieren, wenn sie das Regionalparlament direkt wählen und seine politische Zusammensetzung prägen können.

Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen 2014 müssen die Landtage in Mainz, Stuttgart und Wiesbaden mit einer Änderung des Staatsvertrags den Weg zur Direktwahl freimachen.

Wir werden nach den Landtagswahlen 2011 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie den Kommunalwahlen in Hessen Anträge zur Direktwahl in die Landesparlamente einbringen und die von uns angestrebte größere Gestaltungsmacht in den Parlamenten dafür nutzen.

Im Laufe des Jahres 2011 wird der neue Regionalplan beraten und beschlossen, der die Grundlagen für die Infrastruktur der Metropolregion in den nächsten Jahrzehnten schaffen soll.

Von dieser wesentlichen Zukunftsentscheidung sollen die Menschen in der Region weitgehend ausgeklammert werden. Der Regionalplan soll lediglich in den kommunalen Körperschaften und Gremien beraten werden, die dem Verband angehören sowie im Planungsausschuss und in der Vollversammlung des Verbands selbst. Eine Beteiligung der Bürgerschaft ist nicht vorgesehen. Für eine breite demokratische

Legitimation und eine tragfähige politische Grundlage des Regionalplans in der gesamten Metropolregion reichen diese Instrumente nicht aus.

Wir fordern umfassende und transparente Informationen für die BürgerInnen und die Durchführung von BürgerInnenversammlungen und BürgerInnenforen zum Regionalplan in den Landkreisen und Städten, die dem Verband angehören. Der Regionalplan muss sich aus den Ideen der BürgerInnen und mit ihnen gemeinsam entwickeln, statt wie bisher über ihre Köpfe hinweg.

Dafür werden wir im Verband und in den diversen Kommunalparlamenten Anträge einbringen.

Wir GRÜNE selbst werden die Beratung des Regionalplans durch eine Reihe öffentlicher Foren und Veranstaltungen begleiten, zu denen wir breit einladen.

Wir werden uns weiterhin für die Trennung von Amt und Mandat im Verband Region Rhein-Neckar- Pfalz einsetzen. Amtierende (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte und kommunale Dezernentinnen und Dezernenten sollen nicht mehr gleichzeitig Verbands- oder Ausschussvorsitzende sein können.

Antragsteller:
Uli Sckerl, KV Neckar-Bergstraße, MdL



Resolution 2

Charlotte Schneidewind-Hartnagel

Resolution zur GeschlechterPerspektive im Regionalplan Rhein-Neckar 2020

Unserer Leitvorstellung einer Regionalplanung folgend, die den unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Bedürfnissen im Lebensalltag von Frauen und Männern gerecht wird und soziale Ansprüche an den Raum berücksichtigt, wollen wir im Rahmen der raumordnerischen Gestaltungs- und Koordinierungsaufgaben des Regionalplans einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse für

Frauen und Männer lassen sich nur dann realisieren, wenn räumlich nachweisbare, geschlechtsspezifisch begründete, ungleiche Lebenschancen analysiert, erkannt und durch geeignete, räumlich wirksame Maßnahmen beseitigt werden. Dieser Zusammenhang wurde bisher kaum oder gar nicht berücksichtigt.

Wir wollen die GenderPerspektive in der Regionalplanung fest verankern. Bei allen räumlich relevanten Erhebungen und Prognosen soll geschlechterdifferenzierend vorgegangen; bei Auswertungen sollen entsprechend Frauen und Männer getrennt ausgewiesen werden.

Die Beteiligung von Frauen in allen Planungsgremien und auf allen Entscheidungsebenen gehört dabei zu den

Grundvoraussetzungen. Frauen sind in den Planungsprozess einzubinden und die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Männern sind bei der räumlichen Planung zu berücksichtigen. Alle Entscheidungen und Maßnahmen im Rahmen des Regionalplans sollen auf ihre potenzielle Wirkung für beide Geschlechter überprüft werden.

Auch im Regionalplan 2020 stehen den veränderten gesellschaftlichen und individuellen Lebensentwürfen von Frauen und Männern immer noch die traditionellen Planungs- und Wirtschaftsförderungsinstrumente gegenüber. Für die Frauen in der Metropolregion bedeutet das weiterhin ungleiche Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, ein fehlendes Angebot an qualifizierten Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, unzureichende Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeangebote sowie schlechte Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, die in den Teilräumen der Region unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Hier wollen wir mit den raumordnerischen Gestaltungs- und Koordinierungsmaßnahmen des Regionalplans einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten und die Schaffung einer Struktur unterstützen, die zur Gleichstellung der Geschlechter beiträgt. Nur so lässt sich für die Metropolregion eine zukunftsfähige, chancengleiche und geschlechtergerechte Zukunft gestalten.

Leitlinien zur Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in der Regionalplanung

Aufbau einer geschlechtsdifferenzierten Datenbasis als Grundlage für Leitbilddiskussion und Modellprojekte der Regionalplanung.

Maßnahmenvorschlag, z.B.: Strukturdatenatlas Metropolregion Rhein-Neckar. Statistische Daten sollen geschlech-

terdifferenziert dargestellt werden und die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen und Männern und deren Entwicklung dokumentiert werden.

Schaffung und Erhaltung von wohnungsnahen / mit ÖPNV erreichbaren Arbeits- und Ausbildungsplätzen in allen Teilregionen:

Maßnahmenvorschlag, z.B.: Ausweisung von Standorten um die Haltestellen des schienengebundenen ÖPNV mit den Arbeitszeiten entsprechenden Takten.

Verbesserung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Kommunen durch Ausbau der frauengerechten und familienentlastenden Infrastruktur in zentralen Lagen mit guter Erreichbarkeit:

Maßnahmenvorschlag, z.B.: Mindestausstattung an Infrastruktureinrichtungen in guter Erreichbarkeit, Grün- und Erholungsflächen sollen vom Wohngebiet aus zu Fuß erreichbar sein.

Erhaltung und Schaffung eines ausreichenden Angebots unterschiedlicher Wohnungsgrößen und -mieten:

Maßnahmenvorschlag, z.B.: Schaffung gemischter Quartiere, Chancen für alternative Wohnformen, Anpassung der Wohnungsangebote an veränderte Haushaltsgrößen, preisgünstigen Wohnraum. Im Bestand erhalten, Stadtergänzung vor Stadterweiterung, Anregung von Finanzierungsmodellen unter Beteiligung von Frauen (anteilige BauherrInneneigenschaft).

Erhaltung und Schaffung einer Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Belange der nicht-motorisierten Bevölkerungsgruppen und deren Komfort- und Sicherheitsbedürfnis:

Maßnahmenvorschlag, z.B.: Berück-

sichtigung der Alltagsmobilität, insbesondere in Form von Wegeketten, Takt- und Liniengestaltung, Haltestellengestaltung im Hinblick auf Sicherheits- und Einsteigekomfort etc., Streckennetz soll nicht nur auf die Zentren ausgerichtet sein, sondern auch Tangentialverbindungen aufweisen.

Die Einbeziehung von Frauen in Planung und Realisierung ist institutionell abzusichern!

Resolution 3

Resolution: Atomausstieg – jetzt erst recht!

Ruth Ratter, Kirsten Baumbusch, Florian Kollmann

Atomausstieg - jetzt erst recht!

Mit dem Beschluss, die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre zu verlängern, hat die Bundesregierung im September endgültig den Ausstieg aus dem Ausstieg zu besiegeln versucht. Das Gesetz wurde im Bundestag in noch nie da gewesener Eile durchgepeitscht. Die Einbeziehung der Bundesländer wurde von der Bundesregierung abgelehnt. Die GRÜNEN in der Metropolregion Rhein-Neckar unterstützen die geplanten Verfassungsklagen.

Der Ausstieg aus dem Ausstieg hat fatale Folgen:

- Die Uraltmeiler Biblis A und Neckarwestheim 1, die spätestens im Frühjahr hätten abgeschaltet werden müssen, bleiben am Netz.
- Die Menge des strahlenden Mülls wird umso größer, umso länger die Atomkraftwerke am Netz bleiben.
- Die Kapazitäten der Standortzwischenlager werden nicht ausreichen, um den zusätzlichen Müll zu fassen. Vermutlich



werden entweder die Standortzwischenlager erweitert oder Castor - Transporte nach Gorleben oder an andere „Zwischenlager“ stattfinden.

„Schwarz - gelb ignoriert mit der beschlossenen Laufzeitverlängerung die nach der Kinderkrebsstudie bekannt gewordenen Gefahren, insbesondere für die in der Nähe von Atomkraftwerken aufwachsenden Kinder und handelt somit menschenverachtend und aufs Größte fahrlässig.

Stromproduktion in AKWs verhindert den Aufbau der dezentralen Stromproduktion auf Basis der erneuerbaren Energien schon deshalb, weil sie durch ihren geringen Wirkungsgrad nur bei Maximalleistung betriebswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden können und die Netze keine Überkapazitäten aufnehmen können, da entsprechende Speicher fehlen. Der Ausbau

der erneuerbaren Energie ist bedroht, wenn AKWs weiterbetrieben werden.

Ehrgeizige Ziele bei der Umstellung auf Sonne, Wind, Wasser und Biomasse oder gar eine „Revolution“ in der Energiepolitik, wie von der Kanzlerin postuliert, sind so nicht mehr möglich. Um ihr lange angekündigtes Milliarden Geschenk an die Energiekonzerne zu verwirklichen, nimmt die Bundesregierung nicht zuletzt in Kauf, dass der weitestgehend eingehegte gesellschaftliche Konflikt um die Atomenergie wieder aufflammt. Denn die Einstellung der Bevölkerung ist seit Jahrzehnten klar und unumstößlich: Die Mehrheit der Menschen (72 Prozent) in Deutschland will keine Atomkraftwerke.

Die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz:

Unsere Region ist von den Auswirkungen der schwarz-gelben Klientelpolitik im Atombereich besonders betroffen: Vier Reaktoren in Biblis und Philippsburg werden hier betrieben, zwei weitere in Neckarwestheim nur unweit entfernt. Damit liegt ein Drittel der deutschen AKWs direkt vor unserer Haustür – darunter mit Biblis A, Biblis B und Neckarwestheim 1 die drei ältesten derzeit in Betrieb befindlichen. Eine Havarie dieser Reaktoren würde bis zu drei Millionen Menschen der unmittelbaren Verstrahlung aussetzen. Chancen auf rechtzeitige Evakuierung bestehen so gut wie keine.



Diverse Studien haben gezeigt, dass die Störanfälligkeit von Reaktoren mit dem Alter steigt. Für die Region bedeutet der Beschluss der Bundesregierung, dass mit den Atomkraftwerken Biblis A und B, Philippsburg 1 und 2 sowie Neckarwestheim 1 die ältesten und mit bisher 1800 Störfällen, davon alleine Biblis mit über 800, die anfälligsten und unsichersten Atommeiler um etliche Jahre weiter laufen. Dies geschieht ohne relevante sicherheitstechnische Nachrüstung. Die nur 60 Zentimeter dünne Hülle von Biblis A und Philippsburg 1 (sie hält allenfalls einem Sportflugzeug stand), die die Atomkraftwerke in keiner Weise gegen Flugzeugabstürze und Terroranschläge schützen kann, wird offensichtlich nicht verstärkt. Die Menschen sind es aber leid, bei diesem „nuklearen Roulette“ mitzumachen. Sie wollen nicht, dass im Namen des Profits auf ihre Kosten voll auf Risiko gespielt wird. Vor allem Biblis A zählt zu den ältesten und umstrittensten Atommeilern überhaupt; schwere Unfälle sind laut einer Sicherheits-Analyse hier neunmal wahrscheinlicher als in neueren Anlagen.

Die GRÜNEN der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz erinnern daran, dass RWE als Betreiber von Biblis wegen des einst mitgetragenen Abschaltzeitpunktes im Atomkonsens festgelegte Sicherheitsnachrüstung nicht tätigen musste. Damit dürfen die „Gelddruckanlagen“ Biblis A und B bis 2018 weiterlaufen.

Mit der Abschaltung des Pannenreaktors Biblis A ist nach der Laufzeitverlängerung nicht vor 2019 zu rechnen. Und das letzte Atomkraftwerk in Südwestdeutschland, Neckarwestheim 2, wird voraussichtlich erst im Jahr 2037 abgeschaltet werden müssen! Selbst diese Jahreszahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen. Denn auch weiterhin werden keine „Laufzeiten“ im eigentlichen Sinn festgelegt, sondern lediglich die Reststrommengenproduktion wird zeitlich unbestimmt verlängert. Durch Revisionen, Störfälle und Unterauslastung wird diese möglicherweise wesentlich

langsamer aufgebraucht, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass selbst im Jahr 2050 noch AKWs betrieben werden können - zu einem Zeitpunkt, zu dem längst 100 Prozent erneuerbare Energien bei der Stromproduktion erreicht sein könnten!

Jede Kilowattstunde Atomstrom verursacht erhebliche Mengen an Kohlendioxid, vor allem durch den energieintensiven Abbau und die Verarbeitung von Uran. Dieser für die Atomkraft unabdingbare Rohstoff ist wie Öl nur sehr begrenzt verfügbar und kann nur unter großen Naturzerstörungen und Kosten gefördert und nach Deutschland importiert werden. Die Menschen in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz wollen eine saubere und sichere Energieversorgung ohne Kohle und Atom. Es gibt weltweit kein Endlager. Bisher wurde weltweit noch nicht einmal ein geeigneter Endlagerstandort gefunden. Die Entsorgungsfrage ist nicht gelöst und täglich wird neuer Atommüll produziert. Das Material, aus dem die Castoren bestehen, hält 40 Jahre. Das radioaktive Material, mit dem diese Castoren gefüllt sind, hat Halbwertszeiten über Tausende und Millionen Jahre.

Wir haben dieses radioaktive Erbe schon jetzt vor unserer Haustür in Biblis, in Philippsburg, in Obrigheim, in Neckarwestheim, an allen weiteren Kraftwerksstandorten und in Gorleben. Wir müssen diesen Irrsinn beenden, der Atommüllberg darf nicht noch größer werden.

Negative Auswirkungen hat der Ausstieg aus dem Atomausstieg aber auch auf die Wertschöpfung in der Region. Der Beschluss stellt einen Schlag ins Gesicht dar für alle Stadtwerke, die sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht haben, den Anteil der Stromerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien voranzutreiben. Hier hat sich gerade in der sonnenverwöhnten Metropolregion viel getan – und nun müssen Stadtwerke, aber auch Solarinitiativen vor Ort oder Betriebe, die sich auf die Produktion erneuerbarer Energieträger spezialisiert haben, neu planen. Unflexible AKWs

werden wesentlich länger als erwartet die Stromnetze blockieren, die Netzbetreiber, die zugleich Betreiber der Kraftwerke sind, werden weiterhin alles tun, um kleinen dezentralen Erzeugern den Netzzugang zu erschweren. Das energiepolitische Fiasko ist programmiert. Politik, die auf ökologische Verantwortung, aber auch auf Eigeninitiative und auf einen starken, in der Region verankerten Mittelstand setzt, sieht anders aus!

Eine Frage der Demokratie

Die repräsentative Demokratie stößt derzeit immer häufiger an ihre Grenzen. In Stuttgart wird das derzeit für viele sehr unmittelbar erfahrbar. Die Debatte um die Atomenergie weist dazu deutliche Parallelen auf: Gewinninteressen einiger weniger Unternehmen werden über den Bürgerwillen gestellt, begründet mit der formalen Legitimation durch parlamentarische Beschlüsse. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg ist daher nicht nur eine energiepolitische Sackgasse - er ist auch ein weiteres Beispiel für Arroganz der Macht und eine Beschädigung der demokratischen Kultur.

Der Wiedereinstieg in die Atomwirtschaft ist nicht hinnehmbar – weder in der Metropolregion noch bundesweit!

Bündnis 90 / Die GRÜNEN in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz werden sich gemeinsam mit den in unserer Region lebenden Menschen weiterhin auf allen parlamentarischen Ebenen gegen diesen ideologisch begründeten Irrweg zu Wehr setzen – solange dies erforderlich ist auf Straße und Schiene. Der Versuch, den Atomausstieg im Konsens durchzusetzen, ist nun endgültig Geschichte. Künftige GRÜNE Atompolitik muss sich an dieser Erkenntnis messen lassen.

Resolution 4

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Uli Sckerl

Für die Verbesserung der regionalen Schieneninfrastruktur und der Mobilitätsangebote in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, KV Odenwald-Kraichgau, Landesvorstand BW
Uli Sckerl, KV Neckar-Bergstraße, MdL

Die GRÜNE Delegiertenkonferenz in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz fordert eine Verbesserung der Schieneninfrastruktur und der Mobilitätsangebote in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz. Wir wollen das Fahrplanangebot ausbauen und die Qualität der Verkehrsleistungen erhöhen.

Notwendig sind Verbesserungen, die sowohl die überregionalen Verbindungen wie Frankfurt - Mannheim - Karlsruhe - Basel und Frankfurt - Mannheim - Stuttgart – Ulm als auch die regionalen Infrastrukturen und Fahrplanverbesserungen einbeziehen.

Gerade in unserer Region mit der ständigen Überlastung von Autobahnen und parallel verlaufenden Bundesstraßen hat der Streckenausbau Karlsruhe - Basel für uns GRÜNE hohe Priorität, da in diesem Korridor die mangelnden Streckenkapazitäten ein echter limitierender Faktor für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sind.

Wir lehnen die bestehenden Planungen und den Bau von „Stuttgart 21“ sowie die bestehende Planung der Schnellbahntrasse „Stuttgart - Ulm“ wegen unverantwortlicher Risiken, unberechenbarer Kosten und fehlender Wirtschaftlichkeit ab.

Wir weisen darauf hin, dass die ständig steigenden Kosten des Milliardengrabs Stuttgart 21 schwer wiegende Folgen

haben werden: Andere wichtige Projekte des Schienen- und ÖPNV-Ausbaus in der Metropolregion und den beteiligten Bundesländern werden insgesamt auf unbestimmte Zeit verzögert werden.

Aus diesen Gründen verlangen wir, dass das Land Baden-Württemberg die Wirtschaftlichkeit der beiden Maßnahmen erneut unter Berücksichtigung von Alternativen prüft. Während der Prüfung müssen auf der Basis der Ergebnisse der laufenden Faktenschlichtung aus Gründen der Kostensicherheit und des Offenhaltens von Entscheidungsoptionen die Bauarbeiten und die Vergabe von Bauaufträgen ruhen.

Statt des ohne Rechtsgrund seitens des Landes Baden-Württemberg vorgesehenen Mitteleinsatzes in Höhe von 950 Mio. Euro für die Schnellbahntrasse Stuttgart - Ulm fordern wir von der Landesregierung in Stuttgart, aber auch von den Landesregierungen in Mainz und Wiesbaden die Verbesserung der regionalen Schieneninfrastruktur und der Mobilitätsangebote in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz.

Dabei sollen unter anderem folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Stärkung der Kapazität und der Knotenfunktion des Mannheimer Hauptbahnhofs, um insbesondere den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar-Pfalz zu ermöglichen
- Zügige Umsetzung der 2. Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar-Pfalz mit allen geplanten „Ästen“ und der Einrichtung neuer Haltepunkte
- Barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe in der Region
- Verbesserung der Fahrradabstell- und Mitnahmemöglichkeiten
- Erhalt der Fahrkartenschalter mit persönlicher Auskunft und Beratung.

AntragstellerInnen:

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, KV Odenwald-Kraichgau, Landesvorstand BW
Uli Sckerl, KV Neckar-Bergstraße, MdL

